

## **Wesentliche landespolitische Projekte im 2. Halbjahr 2007**

---

Ein wesentlicher Schwerpunkt wird in der parlamentarischen Verabschiedung zahlreicher Reformgesetze liegen, die im 1. Halbjahr 2007 auf den Weg gebracht worden sind. Vor allem sind zu nennen:

- das GO-Reformgesetz,
- die Novellierung des Kommunalwahlgesetzes,
- die Novellierung des Landeswahlgesetzes,
- das 2. Gesetz zur Straffung der Behördenstruktur (Auflösung der Versorgungsverwaltung),
- Kommunalisierung der Umweltverwaltung,
- die Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes,
- das Bürokratieabbaugesetz II (Bürokratieabbau und Konzentration im Bereich der Widerspruchsverfahren),
- das Krankenhausgestaltungsgesetz,
- das Kinderbildungsgesetz,
- das Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften,
- das Verbraucher-Informationsgesetz,
- der Haushalt für das Jahr 2008.

Darüber hinaus sollen weitere Modernisierungsprojekte auf den Weg gebracht werden:

- Umsetzung der Initiative Zukunft Ruhr
- Cluster-Strategie der Landesregierung (Ausschreibung der Wettbewerbe),
- ein Konzept zur Innovationsförderung aus Privatisierungserlösen,
- die Modernisierung des Sparkassenrechts,
- die Reform der Lehrerausbildung,
- Initiative im Rahmen des Ausbildungskonsenses,
- Offensive für Ingenieurwachstum,
- die weitere Novellierung des Landesplanungsgesetzes,
- die Novellierung des Landeswassergesetzes und
- ein Landesheimgesetz.

- Politik für Kinder:
  - 725 neue Familienzentren in 2007
  - Lehrerstellen
    - 2007: 1.000 gegen Unterrichtsausfall und für die individuelle Förderung, 416 für offene Ganztagsgrundschule
    - 2008: 500 Stellen gegen Unterrichtsausfall und für die individuelle Förderung, 100 für Ausbau Ganztags Hauptschule, 190 Ganztagsgrundschule
  - Ganztagsplätze Grundschule
    - 2007/2008: 164.500
    - 2006/2007: 115.700
  - Ganztags Hauptschulen
    - 2006: 100
    - 2007: 134
    - 2008: 250 (im Endausbau 86.000 Plätze)
  - Offensive gegen das Sitzenbleiben zum Schuljahr 2007/2008

Bei der Verwaltungsmodernisierung sollen weitere Maßnahmen abgeschlossen werden:

- die Auflösung der Versorgungsverwaltung zum 1. 1. 2008,
- die Auflösung des Landesjustizvollzugsamtes zum 1. 1. 2008,
- die Auflösung des Landesvermessungsamtes zum 1. 1. 2008 und
- die Kommunalisierung der Umweltverwaltung zum 1. 1. 2008.